

Stettiner



Beitrag.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 18. Oktober 1878.

Nr. 488.

Deutschland.

*** Berlin, 17. Oktober. Eine hiesige Zeitung hat Mittheilungen von Aeußerungen des Grafen Eulenburg über seine Absichten in Betreff der Ausdehnung der Verwaltungsreform gebracht. Es kann versichert werden, daß die betreffenden Mittheilungen erfunden sind.

In Bezug auf die Berufung des Grafen Beust als Botschafter nach Paris wird behauptet, offiziöse Korrespondenten hätten bereits versichert, daß dieselbe große Verstimmung in Berlin hervorgerufen habe. Es sind aber in Wahrheit offiziöse Aeußerungen über diese Angelegenheit nirgend veröffentlicht. An die große Verstimmung ist auch durchaus nicht zu glauben. Nach meiner Kenntniß sind die bestehenden Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich von der Art, daß die Ernennung Beust's nicht erfolgt wäre, wenn dieselbe in Wien wirklich als der Anlaß einer Verstimmung in Berlin angesehen worden.

Die Verhandlungen wegen der schließlichen Vereinbarung des Sozialistengesetzes haben gestern unmittelbar nach der Reichstags-Sitzung in vertraulichen Besprechungen begonnen und sind am Abend und heute theils zwischen der Regierung und den Fraktionshäuptern der nationalgesinnten Gruppen, theils zwischen diesen Gruppen selber fortgesetzt worden. Der Justizauschuß des Bundesraths ist heute nach 12 Uhr, der Bundesrath selbst um 2 Uhr zusammengetreten. Auf Grund der dort zu fassenden Beschlüsse finden die weiteren Besprechungen mit den seitens der Fraktionen bevollmächtigten Abgeordneten statt. Ueber die Erreichung der Verständigung waltet kein Zweifel ob, nur ist nicht bekannt, welche der im Gegensaß zu den Kommissionsbeschlüssen geforderten Punkte aufgegeben oder behauptet werden sollen. Bekanntlich handelt es sich dabei um die drei Paragraphen 6, 16 und 22. — Man nimmt an, daß der Schluß des Reichstages gleich nach Beendigung der dritten Lesung des Sozialistengesetzes und zwar durch den Reichskanzler erfolgen wird. — Daß alsdann die Thätigkeit des Bundesrathes in der nächsten Zeit ruhen werde, ist richtig, nicht aber die Nachricht, daß die legislativen Arbeiten desselben erst im Dezember wieder beginnen würden und daß der Reichstag in der zweiten Hälfte des Februar wieder berufen werden solle. Das sind Fragen, die sich zur Zeit noch nicht übersetzen lassen; was den Bundesrath betrifft, so ist es vielmehr glaublich, daß er schon im November wieder in Thätigkeit treten wird.

Nach Schluß des Reichstages treten für die preussische Staatsregierung die vorbereitenden Arbeiten für den Landtag in den Vordergrund. In den nächsten Tagen wird bereits eine hierauf bezügliche Sitzung des Staatsministeriums stattfinden. Die Vorlagen zur Ausführung der Reichsjustizgesetze werden den ersten Gegenstand der Beratungen bilden.

Die Ausschüttung der der Admiralität zugegangenen und der Stiftung „Frauengabe“ überwiesenen Gelder für die Hinterbliebenen der auf dem „Großen Kurfürsten“ Umgekommenen wird in der nächsten Zeit erfolgen, da der Plan zur Vertheilung der Gelder endgültig festgestellt ist. Durch den Tod des Schatzmeisters der Stiftung, Kommerzienraths Jüst, wird die Angelegenheit etwas verzögert. In letzterer Zeit sind durch die Kronprinzessin 60,000 M. als Betrag der in England gesammelten Gelder überreicht worden.

Berlin, 17. Oktober. Die Ernennung des Grafen Beust zum österreichischen Botschafter in Paris erregt die Aufmerksamkeit der deutschen Presse. So schreibt die „Schles. Pr.“:

„Was die heutigen Staatslenker in Wien bestimmen mag, eine den deutschen Interessen so wenig freundliche, turbulente Diplomatenfigur in eine für Deutschland so bedenkliche Nähe zu rücken, ist vorläufig noch nicht aufzuhellen. Gewiß ist nur, daß Graf Beust als französischer Botschafter der Gegenstand unseres beständigen und wohl gerechtfertigten Argwohnes sein wird.“

Die „Tribüne“ findet sich leichter mit der überraschenden Thatfache ab. Sie bemerkt:

„In hiesigen Regierungskreisen nimmt man die Sache durchaus nicht so ernsthaft und ist weit davon entfernt, ihr eine Bedeutung beizulegen, die sie vielleicht früher gehabt haben könnte, die aber heute durch die Natur der Verhältnisse ausgeschlossen ist. Selbst wenn er die Neigung dazu empfände, würde es dem zwar vielgewandten, aber doch auch geal-

terten Diplomaten nicht gelingen, die zur Zeit trüblichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu trüben, etwa wie er diejenigen zwischen Rußland und England zu trüben verstanden abmag.“

Die „Germania“ übernimmt die Vertheidigung des Grafen Beust mit sehr viel Wärme. Sie rech- net ihm seine Verdienste in der Bundestagspolitik nach und schließt:

„Noch weniger kann man dem Grafen Beust einen Vorwurf daraus machen, wenn er die ihm anvertrauten Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie in einer Weise zu wahren bestrebt war, welche den Auffassungen unserer maßgebenden Kreise nicht immer entsprach. Findet doch selbst die „N. Allg. Ztg.“ es ganz natürlich, „daß das Ausland die Dienste derjenigen Deutschen nicht zurückweist, welche bereit sind, solche zu leisten“, und es wäre nach ihrer Ansicht ein unbilliges Verlangen, von der französischen Regierung zu erwarten, daß sie beispielsweise die Wirksamkeit der in Elßaß Lothringen vorzugsweise verbreiteten „Frankf. Ztg.“ ungern sehen sollte. Man mißt also nur mit verschiedenem Maße, indem man bei dem Einen das vermerken will, was man bei dem Andern ganz in der Ordnung findet.“

Was uns betrifft, so sind wir bezüglich des Grafen Beust der Ansicht, daß er einzig seinen „Freunden“ gefährlich ist. Um von seiner früheren Geschichte zu schweigen, so steht ja eben der von ihm vermittelte ungarische Ausgleich in der Blüthe und der verunglückte Kaiser Napoleon III. wußte es gleichfalls 1870 zu würdigen, was er seinem „Freunde“ Beust schuldig war. Was Graf Beust in London „wirkte“, wurde bekanntlich von Wien aus regelmäßig wieder aufgetrieben und zwar durch die bevorzugten Hände von Legationssekretären aus dem altösterreichischen Stammadel. London ist diplomatisch der geheimnißvollste und verschwiegenste Ort der Welt, noch verschwiegener selbst als Petersburg. Es macht dies dem sicheren Takt der englischen Regierung wie der englischen Publizistik alle Ehre. In Paris wird Graf Beust in dem elektrischen Lichte wandeln, welches ein kosmopolitisches Reportertum auf alle diplomatischen Vorgänge wirft und wer Graf Beust überwacht wünscht, darf ihn getrost von London nach Paris wünschen. Er wird daselbst Gelegenheiten finden, authentische Erklärungen darüber abzugeben, wo der Faden stak, an dem er den Allianzvertrag im Jahre 1870 wieder von hinten ausgezogen hat, das wunderbare diplomatische Kunststück, das die Welt gesehen. Auch glauben wir zunächst nicht, daß seine Aufnahme dort eine besonders herzliche oder vertrauliche sein wird. Die Franzosen selbst fragen sich: was sollen wir mit ihm? Wir halten den Grafen Beust im Augenblick nur noch für einen Namen; das einzig Fragwürdige bei der Sache ist uns die Intention, die eben von Wien aus mit dem Gebrauch dieses scharf prononcierten Namens verbunden wird. Natürlich wird Niemand Oesterreich das Recht bestreiten können und wollen, seine Botschafter einen „Ziehtag“ halten zu lassen, wie jede andere Verfügung in dieser Richtung zu treffen, möglicher Weise, ja höchst wahrscheinlich ist es auch gar nichts anderes als das, denn es giebt überhaupt nicht so viele Gründe in der Welt, namentlich der österreichischen, als Sanguiniker sich einbilden.

Berlin, 17. Oktober. Das Einverständnis der Mehrheit ist gesichert.

Die Nationalliberalen, die Gruppe Löwe, die Freikonservativen und Deutschkonservativen haben heute die schließliche Fassung vereinbart, in der sie das Sozialistengesetz in dritter Lesung anzunehmen entschlossen sind. Da diese Fraktionen die Mehrheit bilden, so ist die Annahme des Gesetzes in der vereinbarten Form feststehend.

Die Zustimmung der Regierungen zu diesen Vereinbarungen ist nicht zu bezweifeln.

Der Inhalt dieser Vereinbarungen schließt sich an die in zweiter Lesung gefaßten Beschlüsse an. Die Lücke, wie sie durch Abweisung des § 6 des Sozialistengesetzes in dritter Lesung anzunehmen entschlossen sind. Da diese Fraktionen die Mehrheit bilden, so ist die Annahme des Gesetzes in der vereinbarten Form feststehend.

Der Streitpunkt des § 16, die Ausweisung eines wegen Ueberschreitung des Gesetzes Verurtheilten ist dahin beglichen, daß der Wohnort im Sinne dieses Gesetzes, aus dem eine Ausweisung des gerichtlich Verurtheilten erfolgen kann, durch einen Aufenthalt von sechs Monaten an einem bestimmten Ort gewonnen wird.

In § 19, welcher die Zusammensetzung der Rekursinstanz regelt, wird die Bestimmung eingefügt, daß der Kaiser den Vorsitzenden der Kommission frei ernennt. Derselbe muß also den vom Bundesrath Gewählten nothwendig angehören. Die übrigen Bestimmungen des § 19, namentlich über die Zusammensetzung des entscheidenden Kolleges, bleiben unverändert.

Eine redaktionelle Aenderung läßt das Gesetz nicht „sofort“, sondern „mit der Verkündung“ in Kraft treten. Die Dauer bis zum 31. März 1881, also von zwei und einem halben Jahr, wie in der zweiten Lesung beschlossen, ist festgehalten.

Die Anträge werden als gemeinschaftliche eingebracht und zwar von Seiten der Nationalliberalen durch die Abgg. v. Bennigsen und Stauffenberg; durch Abg. Löwe Namens der „Gruppe“, von den Freikonservativen durch die Abgg. v. Kardorff, Lucius, D. v. Schwarze, von den Konservativen durch die Abgg. Adernann, v. Goslir, v. Hellhof, Beda. Eine größere Anzahl Abgeordneter der bezeichneten Fraktionen unterzeichnen als Unterstützer.

Die Verhandlungen, wie sie in diesen Anträgen fixirt sind, wurden nach eingehenden Verhandlungen der Fraktionen unter einander und mit der Regierung festgesetzt. Von Seiten der Letzteren waren namentlich der Reichskanzler, der Staatsminister Graf v. Eulenburg, der Präsident des Reichs-Justizamtes Dr. Friedberg mit der Angelegenheit beschäftigt; von Seiten der nationalliberalen Fraktion war der Abg. v. Bennigsen mit den Verhandlungen betraut. Die Freikonservativen hatten sich bereits heute Nachmittag, die Konservativen erst in vorgerückter Abendstunde schlüssig gemacht. Die Nationalliberalen hatten schon heute Vormittag den Vorschlägen ihre Zustimmung zugesichert.

Ueber die Bedeutung der so getroffenen Verstandigung ist es überflüssig, ein Wort zu verlieren. Es hat sich ergeben, daß in einem entscheidenden Moment allseitig die großen gemeinsamen Zwecke die Entscheidung gegeben haben.

— Wir werden eben wieder dringend auf die äußeren Verhältnisse von Oesterreich hingewiesen, trotz des hohen Interesses, welches auch seine inneren Kämpfe beanspruchen. Hängen doch diese inneren Kämpfe eng zusammen mit den äußeren, mit der alten und ewig regen Orientfrage, sind sie doch nur oder zum größeren Theile die Konsequenz der letzten Ereignisse auf der Balkanhalbinsel. Unsere Leser wissen aus den letzten Depeschen, daß Graf Zichy in Konstantinopel bei der Pforte um Aufklärung gebeten hat über das bei Kossowo angefallene türkische Heer und hierauf mit Savfet Pascha verhandelt hat. Karatheodori Pascha ist kurz vorher von Wien abgereist, nachdem sich die Konventionsverhandlungen über den österreichischen Einmarsch zerfallen hatten. Die Pforte begleitete dieses von ihr verschuldete ungünstige Ergebnis mit der bekannten Note, darin Europa angerufen wurde, Einsprache zu erheben gegen die angeblichen österreichischen Grenz. Die Verhandlungen wurden äußerst langsam, zögernd geführt, während dessen aber etwa 50 bis 60,000 Mann Truppen bei Novibazar zusammengezogen und dann eine mittelbare Drohung hinzugefügt, daß das Vordringen Oesterreichs in diesem Sandjak von der Pforte nicht werde geduldet werden. Noch in den letzten Tagen, am 9. Oktober, sind, wie man uns aus Konstantinopel schrieb, sechs Bataillone nach Mitroszka und sechs andere Bataillone nach einem Punkte der asiatischen Küste, wohl Scutari, am goldenen Horn eingeschifft worden. Fuad Pascha soll den Oberbefehl über diese Armee erhalten. In großem Maßstabe werden andere militärische Vorbereitungen in Konstantinopel getroffen, Lieferungen abgeschlossen und dergleichen. — Im Serail, beim Sultan, hat jener Hafis Pascha eine bedeutende Stellung gewonnen, welcher beim Einmarsch der Oesterreicher Gouverneur in Bosnien war und als solcher ziemlich unverhohlen den blutigen Widerstand schürte, den die Oesterreicher überwinden mußten. Derselbe Hafis Pascha soll nun einen wesentlichen Antheil an der Circulernote gehabt haben, welche die österreichischen Grausamkeiten den europäischen Mächten

ans Herz legte. Auf der Pforte werden häufig Ministerberatungen unter Vorsitz des Sultans abgehalten, die den Angelegenheiten in Bosnien sowie der gegenüber Europa einzunehmenden Haltung gewidmet sein sollen. Das sind die Symptome des Verhältnisses zu Oesterreich.

Gegenüber den anderen Mächten liegen die Dinge nicht viel freundlicher. Englands Vorschläge zu den asiatischen Reformen werden zurückgewiesen, weil die von England beanspruchte Beaufichtigung durch einen Gouverneur und die Konsularbeamten unannehmbar erscheint. Rußland unterbricht die Klärung der Umgegend von Konstantinopel mit der Beschwerde, hinter seinem Rücken breche die grausame Verfolgung der Christen los. Der russisch-türkische Friedensvertrag findet seine Unterzeichnung noch immer nicht. Rumänien und Montenegro erklären, sie würden die Kriegsgefangenen nicht ausliefern, ehe ihnen die Kriegsschadigungen nicht ausgegahlt seien. Das macht zusammen eine größere Menge von Feinden aus, als die Türkei in den drei letzten Jahren sich jemals gegenüber gesehen hat. In der That hat sie nach dem Berliner Frieden ihre letzten Freunde verloren, die alten Feinde aber nicht gewonnen. Niemand in Europa sucht sie mehr ernstlich zu vertheidigen. Von ihrem früheren Gebiet ist der eine, größere Theil in den Händen von Aufständischen, die dem Einfluß der Pforte nur in so weit zugänglich sind, als die beiderseitigen Wünsche mit einander übereinstimmen.

Die Pomaken haben sich aller Herrschaft von Konstantinopel her entzogen, ihr englischer Führer Sinclair gleichwie die Polenlegion haben sich von ihnen getrennt und sie theilen sich mit den Russen in die Herrschaft der rumelischen Berge. Im Westen hat die albanesische Liga mehr zu sagen als die Pforte. Die Pforte kann ihren Verbindlichkeiten aus dem Berliner Vertrage nicht nachkommen, auch wenn sie wollte. Sie kann Gebiete nicht abtreten, die nicht mehr ihrem Befehle gehorchen, kann Kriegsschadigungen nicht zahlen, die sie nicht besitzt. Die europäische Türkei ist staatllich bereits aufgelöst in einzelne unabhängige Machtcentren.

Die viel schwieriger ist nun die Stellung Oesterreichs hierdurch geworden! Wäre man an der Donau darauf bedacht, die österreichische Großmacht zu erhalten, so stände es noch nicht so gar schlimm um die Folgen der türkischen Auflösung. Aber wie Viele sind ihrer, die an der Donau dieses Ziel verfolgen? Das Machtcentrum ist längst nicht mehr in Wien, sondern gleich den Zuständen in der Türkei zerstückelt und zerstreut im ganzen Reich. So gut man in Konstantinopel heute ganz ernstlich die Eventualität eines Krieges gegen Oesterreich erwägt, eben so gut sieht man an der Donau ein, daß wirklich ein solcher Krieg plötzlich zur Nothwendigkeit werden könnte. Und das orientmüde Publikum Europas mag sich noch so sehr sperren und sträuben, die Weltgeschichte fragt nichts nach den Zuschauern und ihrem Interesse — sie weiß es sich zu erzwingen in den Augenblicken, wo sie ihre großen Entscheidungen vorbereitet und zu Ende führt.

— Wie in verschiedenen Zeitungen erzählt wird, hat die Kronprinzessin ihrem Sohne, dem Prinzen Heinrich, die Reisetöcher eigenhändig verpackt, und Wäsche und Kleider, bevor sie in die großen englischen Behälter gelegt wurden, nachgesehen, ob auch Alles in Ordnung sei. Sogar die Beküme, welche Prinz Heinrich sich für die Musenstunden auf See gestatten darf, ist erst durch die Hände der Frau Kronprinzessin gegangen. Chateaufpierre im englischen Text, Walter Scott, Goethe, Schiller und Lessing, die Geschichte des Oesterreichs und französische Krieger von Winterfeld, sowie Gesangbuch und Bibel machen neben zahlreichen Werken der mathematischen, astronomischen und nautischen Wissenschaft die Reisebibliothek des Prinzen Heinrich aus. Ueber Alles, was der junge Seemann mitbekommen hat, sind schließlich 2 Verzeichnisse aufgenommen worden, von denen eins die Kronprinzessin zurückgehalten hat, während das andere dem Reisegepäck beigegeben worden ist. Eines großen Fernrohrs, das der verstorbene Prinz Adalbert auf seinen Seereisen zu gebrauchen pflegte, wird sich der künftige Befehlshaber der deutschen Flotte auf seiner Weltumsegelung bedienen; auch ist es interessant, zu vernehmen, daß dem Prinzen Stern und Kette des schwarzen Adlerordens des früheren Prinzen Admirals bei seiner Abreise vom Kronprinzen übergeben worden sind, gleichzeitig als

